

Susanne Dermutz

Der Titel „Mutterland“ veranlasst mich, auf Mutterschaft zu blicken und im Anschluss, wie gewünscht, einige Aspekte meiner Biografie und Engagements in Kärnten vorzustellen. Ich habe mich mit Mutterschaft beruflich als Lehrerin, theoretisch als Erziehungswissenschaftlerin und privat als Mutter von zwei Töchtern befasst. Mutterschaft ist frauen- wie gesellschaftspolitisch sehr brisant (gegenwärtig aus ökonomischen Gründen) und ideologisch konservativ aufgeladen. Eine zentrale Frage ist, was gesellschaftlich passiert und wie es gelingt, dass Frauen die normativen Ansprüche der Mutterschaft erfüllen, die ihre Lebensqualität mindern. Ich betone: Es ist wunderschön, mit Kindern zu leben, sie sind eine Lust, aber sie sind auch eine Last. Denn die Entlastung der Frauen funktioniert nicht; weder durch die Väter – sie sind der „Kinderarbeit“ entfremdet – noch durch die Gesellschaft. Es ist ausschließlich Sache der Frauen, für Kinder zu sorgen. Und: Jede Frau wird als Mutter gesehen, ob sie Kinder hat und will oder nicht; keine kann Mutterschaft ignorieren.

Mutterschaft ist eine soziale Institution, das bedeutet, Regeln, Normen, Stereotype, kulturelle Merkmale, Leitbilder, soziale Regelungen, Gesetze usw. schaffen es, sich in Frauen festzusetzen, damit sie den Erwartungen der Gesellschaft entsprechen. Diese Institution ist in die kapitalistische, neoliberale, patriarchale Gesellschaft eingebunden und entspricht der geschlechter-hierarchischen Arbeitsteilung in Berufsarbeit und Hausarbeit. Nichts davon ist naturgegeben. Diese Arbeitsteilung bewirkt durch soziale Mechanismen die Disziplinierung und Kontrolle der Frauen, die Einhaltung der Vorgaben. Das Perfide an der Institution Mutterschaft ist der fehlende grundsätzliche Diskurs und die Mythologisierung all der sozial hergestellten Bedingungen, normierenden Einstellungen und Haltungen, sodass so getan werden kann, als ginge es um pure Natur. Diesem Biologismus kommt zugute, dass Mutterschaft untrennbar an den Körper der Frauen gebunden ist. Der Zusammenhang von Natur, Kultur und Politik lässt sich dadurch missachten.

Die Institution Mutterschaft ist einem Wandel unterworfen. Gerade noch hat es die Pandemie gegeben, die Frauen haben daheim die Hausarbeit, die Betreuungs- und Sorge-Arbeit, die Mütterarbeit geleistet – auch für die Schule. Viele Frauen sind zugleich als Verkäuferinnen, Alten- und Krankenpflegerinnen (in der Pandemie „Systemerhalterinnen“ genannt) in sogenannten „Frauenberufen“ gebraucht worden. Diese sind aus der Hausarbeit entstanden, von dieser abgeleitet und demgemäß schlecht bezahlt und – wie die Hausarbeit und die Hausfrauen – von geringer Wertschätzung. In den meisten „Frauenberufen“ (etwa bei Pädagoginnen und in sozialen Arbeitsfeldern)

wird altruistisches und fürsorgliches Verhalten erwartet, nachweislich Merkmale der Institution Mutterschaft.

Gegenwärtig wird wegen fehlender Erwerbsarbeitskräfte Vollzeitarbeit gefordert. Teilzeitarbeit kann den Frauen für die Erfüllung der vielfältigen Pflichten in Haus- und Erwerbsarbeit eine Erleichterung verschaffen, wofür Frauen geringere Lohn- und Pensionseinkommen riskieren. Auch alle Frauen, so die Forderung, müssten in Vollzeit arbeiten und die Kinder sollten in „Betreuungseinrichtungen“ untergebracht werden. „Aufbewahrungsstellen“ nennen die Elementarpädagog*innen (früher „Kindergärtner*innen“) die Einrichtungen für Elementarbildung (früher „Kindergärten“) bei ihren letzten Demonstrationen in Wien, bei denen die Missstände aufgezeigt und kleinere Gruppen, entsprechende Bedingungen zur Bildung der Kinder, mehr Personal, bessere Bezahlung und Ausbildung und nicht zuletzt Wertschätzung der Arbeit zum wiederholten Mal gefordert worden sind. Die Probleme, die es zu lösen gäbe, sind seit Jahrzehnten evident, die Ansprüche an Elementarbildung werden jedoch von den politisch Verantwortlichen ignoriert. Deren Forderungen konzentrieren sich auf Erwerbsarbeit und den Wirtschaftsstandort, auf die Funktionalität der Betriebe.

Was das mit der Institution Mutterschaft zu tun hat? Nun, speziell die kleinen Kinder brauchen Zuwendung und qualitative Beziehungen, Zeit, Lern- und Bildungsangebote, Kontakte zu Gleichaltrigen, das Zusammensein mit Eltern und pädagogisch qualifiziertem Personal. Dafür müssen sowohl Mütter als auch Elementarpädagog*innen entsprechende Bedingungen vorfinden. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln wird angekündigt. Die realen Schwierigkeiten, die (Mehrfach-) Belastungen der Mütter und Elementarpädagog*innen, die Bildung der Kinder werden von denen, die den Anspruch auf Vollzeitarbeit der Mütter vortragen, nicht angesprochen. Die Forderungen der Elementarpädagog*innen und die nachteiligen Voraussetzungen für ihre Arbeit werden nicht beachtet. Wie geht es Müttern, Kindern, Elementarpädagog*innen in Gruppen von 20 und mehr Kindern? Handeln Mütter denn nicht verantwortlich, wenn sie (trotz der ökonomischen Nachteile) in Teilzeit arbeiten und die Kinder nicht ganztags dem Stress und Lärm der ungenügenden Voraussetzungen zur Betreuung überantworten, sondern nur halbtags? Ich betone: Kinder brauchen für ihre soziale, geistige, emotionale Entwicklung und Bildung bestens qualifizierte Elementarpädagog*innen, und sie brauchen Eltern, die nicht ausgelaugt von Arbeit, sondern fähig sind, sich ihren Kindern zuzuwenden, mit ihnen zu spielen, toben, spazieren, sporteln, musizieren, die Ärztin / den Arzt aufzusuchen usw. Das verlangt nach qualitativ besten Lebensbedingungen der Mütter/Väter und hochwertigen Arbeitsbedingungen für Elementarbildung. Diese Ansprüche nicht zu realisieren, geht auf Kosten der Kinder, ihrer Mütter, der Elementarpädagog*innen und mittel- wie langfristig der gesellschaftlichen Entwicklung.

Gegen den Mangel an Erwerbsarbeitskräften werden Mütter gleich einer „Reservearmee Frauen“ für Vollzeitarbeit „mobilisiert“. Auf ihre Gegenargumente, wegen Kindern und Hausarbeit nicht in Vollzeit arbeiten zu können, wird eine großzügige Finanzierung der Kinderbetreuung als Unterstützungsleistung des Staates angekündigt. Aber: Ab wann könnte diese tatsächlich wirken und reicht das aus? Warum erst jetzt? Warum sind keine weiteren Maßnahmen wie Väterbeteiligung, Reduzierung der Erwerbsarbeit für beide Eltern bis zum Schuleintritt des Kindes usw. vorgesehen? Warum wurden diese Möglichkeiten nicht längst schon verwirklicht? Schließlich sind das keine unbekannt, neuen Forderungen, sie wurden von den Frauenministerinnen Johanna Dohnal und Helga Konrad (auch mit ihrer Kampagne „Ganze Männer machen halbe-halbe“) schon ab den achtziger Jahren vorgebracht. Alles vergessen? Das gegenwärtige politische „Rezept“ ist erschreckend einfach: Die Mütter müssen sich ändern, für sie gelten mit Vollzeit-Erwerbsarbeit neue Normen.

Es erstaunt mich, dass früher gegen Kinderbetreuung eingestellte Parteien sich so schnell ändern, zum Beispiel in Tirol. Dort wurden noch bis in die neunziger Jahre Subventionen der Tagesmütter für Frauen, die arbeiten *wollen*, nicht gewährleistet, sondern nur für Frauen, die arbeiten *müssen*. Alle im Landtag vertretenen Parteien hatten diesen Beschluss gefasst. Ich interviewte die damalige Leiterin der Einrichtung der Tagesmütter, die sehr erbost darüber war, wie pingelig nachgezählt und kontrolliert wurde, welche Frauen arbeiten *wollen* und welche arbeiten *müssen*. Hier zeigt sich eine Wirkung der Institution Mutterschaft: die Kontrolle und Spaltung der Frauen. Die „guten“ Mütter sind für die Kinder daheim (Rechte und Konservative fordern dafür „Erziehungsgeld“), die „schlechten“ Mütter vernachlässigen die Kinder. Ist denn die von der Politik verantwortete katastrophale Lage in Einrichtungen der Elementarbildung keine Vernachlässigung der Kinder? Warum werden die seit Jahrzehnten von den Erziehungswissenschaften geforderten Reformen und entsprechenden Ausstattungen für Elementarbildung ignoriert? Warum werden Forderungen an die Mütter adressiert, nicht an die Gemeinden, Länder, den Bund mit den verworrenen Zuständigkeiten (die die Misere befeuern)? Ist denn die in Kärnten für die Elementarbildung geplante Senkung der Gruppengröße auf 20 (!) Kinder nicht ein schlechter Witz? (Zum Vergleich: In der Schweiz sind maximal zehn Kinder in einer Gruppe. In Frankreich gehen Kinder ab drei Jahren mit Rechtsanspruch in die Vollzeit-Vorschule „École Maternelle“ mit akademisch qualifiziertem Personal und Lehrplan.)

Bei Mutterschaft darf nicht vergessen werden: Der „Arbeitsgegenstand“ von Müttern ist das Kind und es geht um Gefühle. Die Gefühle der Mutterliebe werden besonders leicht und wirksam instrumentalisiert. Keine Frau will den Kindern Nachteiliges antun, will ihr Kind vernachlässigen. Mütter wollen das Beste für ihr Kind und das für sie Bestmögliche leisten. Wenn die Armut und Not groß und die Anforderungen nicht erfüllbar sind (für

Ausflüge, Bastel-Geld, Schikurse, Geburtstagsseinladungen ...), leiden Mütter mit ihren Kindern, verzichten selbst auf vieles, auch, um ihren Kindern Beschämung zu ersparen. Wenn die Gründe von Benachteiligungen nicht bei gesellschaftlichen Bedingungen gesucht werden, werden gemäß dem Konzept der Mutterliebe allzu leicht die Mütter zu Schuldigen gemacht. Sinngemäß hat Bundeskanzler Karl Nehammer das unlängst mit seinen „informellen“ Aussagen im kleinen Kreis der Parteikolleg*innen intendiert. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird ein solches Vorgehen „rohe Bürgerlichkeit“ genannt.

Nachdem Eltern in Österreich zur Mitarbeit an der Schule gesetzlich verpflichtet sind, wird daheim die Arbeit als „Hilfslehrerin“ vorausgesetzt, geleistet zumeist von den Müttern. Diese Instrumentalisierung zur „Hilfslehrerin“ stört ihre Beziehung zu den Kindern und verstärkt soziale Ungleichheiten. Manche Eltern können sich mit teurer Nachhilfe freikaufen, andere sind weder dazu noch zur „schulischen Hilfsarbeit“ in der Lage. In den meisten industrialisierten Ländern übernimmt die Schule die volle Verantwortung für das Lernen. In Österreich wird sie zum Teil abgegeben und wie selbstverständlich den Müttern übertragen, die auch für andere Aktivitäten der Schule herangezogen werden. Studentinnen führten über zwei bis drei Wochen Listen dieser Tätigkeiten, die von ihnen als Mütter von der Schule verlangt wurden. Manche kamen auf einen Zeitraum von 20 Stunden pro Woche; das ist Teilzeitarbeit, unbedankt, unbezahlt und unbeachtet. Ich hatte in Kärnten in öffentlichen Veranstaltungen auf diese Missstände hingewiesen. Ich weiß als Mutter, wie schwierig die Haltung zu realisieren ist, dass die Schule für das Lernen zuständig und verantwortlich ist und nicht ich. Nach einer dadurch verursachten Kontroverse mit einer Lehrerin verlangte meine Tochter: „Du gehst nie mehr zum Elternsprechtag, weil ich das dann ausbaden muss!“ Wenn ich eine vorgegebene Norm, die ich nicht für richtig halte, nicht erfülle, tragen die Kinder die Folgen. Der jüngste Konflikt um die Bekleidung einer Schülerin in der Schule der Ursulinen steht dafür beispielhaft, auch die Folgen. In der Schule der Ursulinen in Graz, die ich besucht habe, gilt (wie in anderen) seit längerem, dass die Eltern per Unterschrift für das Wohlverhalten ihrer Kinder in der Schule verantwortlich gemacht werden – sehr zum Nachteil für Schüler*innen und ihre Beziehung mit den Eltern. Anscheinend neigen Privatschulen dazu, die ihnen übertragene Verantwortung zum Vollzug der Aufgaben der Schule nur ungenügend zu erfüllen, und glauben, sie an die Eltern abgeben zu können. Mich erstaunt diese bildungspolitische Ignoranz, denn das Personal kirchlicher Privatschulen wird zu 100% aus Steuermitteln finanziert. Mich erstaunt auch, dass Eltern sich (und ihre Kinder) einer solchen Praxis aussetzen. Ich vermute, dass Ideologie wirkt. Trotz gesellschaftlicher Säkularisierung, aber wegen der ungenügenden Trennung von Staat und Kirche ist die patriarchalisch-katholische Kirche in Österreich nach wie vor mächtig, in Hinblick auf die Ausbildung wie auf Mutterschaft. Die lebens- und

sexualfeindliche Haltung der Kirche wirkt sich auch auf die reproduktiven Möglichkeiten der Frauen aus.

Ich wurde nach meiner Biografie gefragt, dem will ich nachkommen. Ich hatte das Glück, in einer Familie aufzuwachsen, in der Kinder selbstbestimmt und mit zunehmendem Alter eigenverantwortlich leben konnten. Meine Eltern hatten ein Kaufhaus und waren sehr beschäftigt. In unserer klassischen Großfamilie lebten die Kernfamilie und Tanten, Onkel, Großmutter sowie einige Lehrlinge, insgesamt an die fünfzehn Personen. Die Konzentration auf die Kinder war eingeschränkt. Im Unterschied zu heutigen Familien mit ein bis zwei Kindern, wo die Kontrolle auf die Kinder konzentriert ist, sind wir sehr frei aufgewachsen. Ich habe mit zwei sechs und acht Jahre älteren Brüdern frühzeitig gelernt, mich gegen sie abzugrenzen, vor allem aber ihre liebevolle Zuwendung, Achtsamkeit und Hilfe erlebt. Unsere Eltern finanzierten unsere gute Ausbildung und wir konnten unsere Lebensentwürfe realisieren, am stärksten ich als Nachzüglerin. Meine Mutter hat mich mit ihrem Lebenskonzept der ökonomischen Unabhängigkeit lebenslang geprägt. Für Frauen galt in den fünfziger Jahren das gesellschaftliche Leitbild der Hausfrau, das sich in der Nachkriegszeit durchgesetzt hatte. Auf meine Mutter traf das nicht zu. Sie war Schneidermeisterin in einem Salon in Wien. Nach ihrer wegen der Pflege ihrer Eltern erforderlichen Rückkehr in ihren Heimatort richtete sie gleich wieder ihre eigene Schneiderwerkstatt ein. Nach der Heirat gab sie diesen Beruf und Betrieb auf und arbeitete im Familienbetrieb ihres Mannes, mit ökonomisch eigenständiger Position. Mein Vater war ein sehr zärtlicher, liebevoller, weder dominanter noch patriarchaler Mann. Er war ruhig, ausgleichend, auf Lösungen ausgerichtet, auch in Konfliktsituationen. Bei manchen Problemen war er meine bevorzugte Ansprechperson, weil er gründlich überlegte und mir seine Sicht ausführlich darlegte. Ich habe durch ihn ein anderes Männerbild erlebt als später als Erwachsene.

Für meine Ausbildung zur Lehrerin musste ich (damals alternativlos) nach Graz in die Lehrerinnen-Bildungsanstalt und ins Internat der Ursulinen. Für mich 14-Jährige, selbstständig und eigenständig aufgewachsen, war das Internat der Nonnen mit den Regeln Disziplin, Selbstbeherrschung, Frömmigkeit und Autoritätsgläubigkeit eine Katastrophe. Mein Berufsziel wollte ich unbedingt realisieren und konzentrierte mich auf die Schule. Im Internat entwickelte ich die Fähigkeiten zu Widerstand und Anpassung. Meine Mutter verwahrte sich gegen etliche Regeln der Nonnen (die sogar ihre Briefe öffneten!) und lehrte mich, mir nicht alles gefallen zu lassen.

Fünf Jahre unterrichtete ich an verschiedenen Pflichtschulen. Die zu Ende der sechziger Jahre vorherrschende autoritäre, disziplinierende Pädagogik, gegen die ich mich wandte, führte zu Konflikten mit der Schulaufsicht und ich beendete den Lehrberuf. Als ich meiner Mutter von meinem Plan zu studieren erzählte, sagte sie mir sofort ihre Unterstützung zu

und versuchte nie, mich umzustimmen oder zu beeinflussen. Diese Haltung scheint mir nicht gerade häufig zu sein.

In den siebziger Jahren studierte ich, als in der Ära Kreisky Bildungsreformen eingeleitet und die universitären Qualifizierungen auch für Frauen gefördert wurden. Ich entschied mich für die Studien der Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Etwa 15 bis 20 % Studentinnen waren damals inskribiert, die sich in aktiven, solidarischen Frauengruppen organisierten. Die Universität Innsbruck war eine 350 Jahre alte etablierte Universität. Das Institut war wegen eines hochschuldidaktischen Projekts mit dem Anspruch der Demokratisierung der Universität sehr innovativ. Im Projektstudium „Sprache als soziales Handeln“ zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien konnte ich neue Lehr- und Lernformen erwerben. In beiden Studienfächern wurden unter Beteiligung der Studentinnen die ersten Lehrveranstaltungen mit Frauenthemen organisiert. In Innsbruck gab es eine starke außeruniversitäre Frauenbewegung, in die ich auch eingebunden war. Durch diese Erfahrungen und das innovative Studium wurde ich politisch wie feministisch sozialisiert. Ich dissertierte über die österreichische Schulreform und Bildungspolitik und arbeitete danach ein Jahr am Institut für Politikwissenschaft, bevor ich die Stelle in Klagenfurt antrat.

Die Universität Klagenfurt war bei meinem Arbeitsantritt erst ein Jahrzehnt jung und eher familiär. Die Studienbedingungen empfand ich im Vergleich zu denen in Innsbruck als stark reglementierend. Frauen waren vereinzelt und nicht an allen Instituten beteiligt, wurden als Minderheit beobachtet und kritisiert. Das war mir sehr fremd. Als ich mich, wie gewohnt, bei einer der ersten Sitzungen zu Wort meldete und bald auch noch eine stärkere Vertretung der Frauen forderte, wurde das nicht freundlich aufgenommen. Natürlich ist mir meine Geschichte zugutegekommen. Frauenpolitische Forderungen habe ich verstärkt vertreten und zur Unterstützung mit Frauen an anderen Universitäten Kontakt aufgenommen. Das erste Frauenreferat der Hochschüler*innenschaft wurde von Studentinnen in Klagenfurt gegründet und einige nichtuniversitäre Gruppierungen der Frauenbewegung entstanden. Die erste Frauenuniversität wurde in Wien und die zweite bereits in Klagenfurt veranstaltet. Das war ein Anstoß für die allgemeine Wahrnehmung der Frauenanliegen, für die ich mit öffentlichen Aktivitäten geworben habe. Mehrfach traf ich bei Veranstaltungen mit der ersten Frauen-Landesrätin in Kärnten, Karin Achatz, zusammen. Sie hat aufgrund ihres Wissens über Lebensrealitäten von Frauen, mit denen sie einen solidarischen, informativen Austausch pflegte, fundierte Beiträge geleistet.

Die erste Generation der Absolventinnen qualifizierte sich über ihre Studien und Lehrveranstaltungen zu Frauenthemen für die Gründung von Frauenprojekten und -Einrichtungen. In Völkermarkt habe ich mit Absolventinnen die Frauen- und

Familienberatung und eine Kleinkinder-Gruppe aufgebaut. Ursprünglich wollten wir eine Einrichtung für die Weiterbildung von Frauen schaffen, dort sollten sie ihre Kinder mitbringen können und gut versorgt wissen. Im Laufe der Zeit erkannten wir durch die Erfahrungen mit den Frauen, dass sie keine Weiterbildung gebraucht haben, sondern Beratungen für die Bewältigung ihrer Überlastungen, von Armut und Erwerbslosigkeit, ihrer Probleme mit Kindern und Männern und vielfältigen Gewalterfahrungen. Ich habe in den fünf Jahren meiner monatlichen Teilnahme bei Berichten und Reflexionen sehr nachhaltig über das Leben von Frauen lernen können. Über die Jahre als Vereinsobfrau erlebte ich Hindernisse für Fraueneinrichtungen. Wir befürchteten damals, dass die Kleinkinder-Gruppe dem nicht standhalten werde. Aber das Gegenteil ist eingetreten: Die Frauenberatung wurde mehrfach in Frage gestellt, nicht die Kleinkinder-Gruppe.

Zu Beginn der neunziger Jahre lud mich die Villacher Vizebürgermeisterin Monika Kircher-Kohl gemeinsam mit Gerlinde Müller-Grohotolsky von der Villacher Frauenberatung ein, den ersten Frauenbericht für Villach zu verfassen. Wir entschieden uns, diesen gemeinsam mit Studentinnen im Rahmen von Lehrveranstaltungen in Villach zu erarbeiten. Bei Vorstellungen und Diskussionen der Ergebnisse luden wir Villacher Frauen zu öffentlichen Präsentationen ein. In diesem Rahmen überreichten wir der Vizebürgermeisterin die Resultate. Wir wollten keinen schriftlichen Bericht ohne öffentlichen Meinungsaustausch vorlegen. Für mich wie für die Studentinnen war dieses Lehr-Forschungsprojekt von vielfältigen Erkenntnissen getragen und beispielhaft für die Verbindung von Theorie und Praxis.

Gemeinsam mit Kolleginnen anderer Universitäten war ich im Ministerium in Wien an der Ausarbeitung von Bestimmungen für die Geschlechter-Gleichstellung beteiligt. Den daraus hervorgegangenen „Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen“ habe ich an der Universität Klagenfurt gegründet und mehrere Jahre geleitet. Mit einigen Kolleginnen entwickelten wir auf Basis der von Ministerin Herta Firnberg zugeteilten Lehrveranstaltungen für Frauenforschung das interdisziplinäre Wahlfach „Feministische Wissenschaft / Gender Studies“. Zu dessen Gestaltung und Einbindung in den Studienbetrieb sowie zur Betreuung der Student*innen und Lehrbeauftragten leitete ich das mehrjährige Projekt der „Koordinationsstelle für Frauen- und Geschlechter-Studien und -Forschung“, die mittlerweile als Einrichtung der Universität implementiert wurde.

Durch die Universität Klagenfurt konnten viele Mütter und Frauen studieren, die nicht aus Kärnten wegziehen konnten. Die Frauenförderung ist an der Universität Klagenfurt nach wie vor gut etabliert. Erst unlängst wurde mir von einer Kollegin in Wien mitgeteilt, dass die Evaluierung dieser Bereiche erfolgreiche Ergebnisse aufweist. Das erfreut mich als Pionierin. Sehr dankbar bin ich Beate Prettner, damals Landesrätin für Frauen, für die öffentliche Wertschätzung für mein Engagement.

Gegenwärtig sind wir von multiplen Krisen, Kriegen und Vernichtung umgeben. Während Armut und Hunger zunehmen, wird Zerstörung intensiviert. Die Bedrohungen haben auch die Lebensmittelproduktion erreicht. Wir essen Gift, Mikroplastik befindet sich in der Nahrung und in unseren Körpern. Lebensmittel machen krank, sind Lebenszerstörungsmittel. Durch die Entfremdung der Väter von ihren Kindern, das Fernhalten der Männer von Betreuungsarbeit lernen sie nicht zu hegen und zu pflegen. Sie (sollen) lernen zu zerstören. Vor diesem Hintergrund halte ich für bedeutsam, dass das Pflegende, Sorgende der Frauen zum Allgemeingut und hohen Wert der Gesellschaft und das Zerstörerische zurückgedrängt wird. Mir ist klar, das ist eine Utopie. Wenn ich die Entwicklung des Kapitalismus betrachte und die Macht der Rüstungsindustrie, ist das naiv. Aber weil Zerstörungen und Krisen dieses bedrohliche Potential erreicht haben, wären die Eigenschaften, Fähigkeiten und Haltungen des Sorgens und Pflegens, das Schützen von Leben als zentrale, übergeordnete Werte wegweisend und nachhaltig – für alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht.